

Rede von Bürgermeister Daniel Zimmermann zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2019

Monheim am Rhein, den 31.10.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon gleich zu Beginn meiner Rede möchte ich mich bei allen Beschäftigten der Stadtverwaltung herzlich für ihre Unterstützung bedanken. Der Haushaltsplan 2019 zeichnet ein umfassendes Bild von den vielen Projekten, die die Stadt Monheim am Rhein im Kinder- und Jugendbereich, im Hoch- und Tiefbau, im Sozialen, im Kulturellen, bei der Bildung oder auch in der Abteilung Wirtschaftsförderung und Tourismus verfolgt. Die Identifikation mit der Stadt und ihren Zielen und der Einsatz dafür sind bei allen Beschäftigten sehr hoch. Das haben wir bei der Aufstellung des Haushaltsplans erlebt, wofür ich insbesondere Frau Noll, Herrn Krämer und ihrem Team in der Kämmerei danke. Das erleben wir aber auch bei den unzähligen Maßnahmen und Projekten, die zuallermeist den strategischen Zielen der Stadt verpflichtet sind und die immer dem Zweck folgen, Monheim am Rhein für alle Menschen, die hier leben, zu einer noch besseren Stadt zu machen. Hierfür gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den unterschiedlichsten Bereichen.

Rathauscenter und Monheimer Tor

Die Motivation ist groß, aber der Anspruch und die Aufgaben sind es auch. Besonders im Innenstadtbereich wird das deutlich. Der Stadtrat hat mit seinen Entscheidungen, das Rathauscenter sowie das Monheimer Tor für zusammen rund 55 Mio. Euro zu erwerben, wegweisende Beschlüsse gefasst. Wir wollen mit dem heute ebenfalls eingebrachten Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 den Weg für weitere Millioneninvestitionen in die Innenstadt freimachen. Mit weiteren 25 bis 30 Mio. Euro soll das Rathauscenter komplett neu aufgestellt werden. Die innenliegenden Flure werden verschwinden. Der große Gesamtbaukörper wird in mehrere Gebäudeteile getrennt, die bisher eingeschossigen Flächen werden aufgestockt und neue Ladenflächen so angelegt, dass sie sich nach außen öffnen. Wir müssen dringend die sehr kleinteiligen und nicht mehr zeitgemäße Struktur im Inneren des Centers überwinden.

Gleichzeitig brauchen wir mehr Einzelhandelsfläche in der Innenstadt. Man muss das immer wieder erklären, weil es auf den ersten Blick vielleicht unlogisch klingt: Leerstände, die wir derzeit in der Innenstadt haben, werden wir nur dann beseitigen können, wenn es gelingt, mehr Flächen zu schaffen. Dafür sind die 30 Mio. Euro privates Investment für den Gesundheitscampus mit mehreren Hundert Quadratmeter Einzelhandelsfläche im Erdgeschoss und die Schaffung von Baurecht für ein Rathauscenter IV auf der anderen Seite des Busbahnhofs wichtige Voraussetzungen. Zusammen mit der Neuaufstellung des bestehenden Centers erhalten wir mehr und größere Flächen, die für modernen Einzelhandel zwingend gebraucht werden.

Liquiditätsentwicklung

Natürlich belasten diese enormen Investitionen die städtische Liquidität. Frau Noll wird Ihnen später noch aufzeigen, dass es uns trotz eines weiter soliden Aufbaus von Eigenkapital und trotz Ergebnishaushalten, die sich konsequent im Plus bewegen, nicht gelingen wird, zusätzliche Liquiditätsreserven anzusparen. Im Gegenteil: Die städtische Liquidität wird in den nächsten Jahren abnehmen.

Im Sinne einer transparenten und vorsichtigen Haushaltsplanung stellen wir diese Effekte dar. Und ich kann mir gut vorstellen, dass es politische Forderungen einzelner Ratsfraktionen geben wird, das Investitionsvolumen herunterzufahren. Genau das kommt meines Erachtens jedoch nicht infrage, denn auf Bankkonten nutzt das mittlerweile immense städtische Vermögen wenig.

Mit den Investitionen in das flächendeckende Glasfasernetz, die neugegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft und auch in die Einzelhandelsflächen in der Innenstadt hingegen werden Millionen-Werte erworben, die nicht einfach weg sind, sondern die der Stadt bei ihrer weiteren Entwicklung helfen und als Anlagevermögen in vollem Umfang vorhanden bleiben. In der Buchhaltung nennt man das einen „Aktivtausch“. Bare Mittel, Liquidität, Geld auf Bankkonten wird aus dem Umlaufvermögen entnommen und in Form von Immobilien und anderen Gütern als Anlagevermögen aufgebaut. Das Vermögen bleibt dabei vollständig auf der Aktivseite der Bilanz erhalten und wirft im Idealfall mehr Rendite ab als auf einem Bankkonto.

Diese städtische Rendite zahlt sich durchaus finanziell aus, denn natürlich sollen die Monheimer Wohnen GmbH, die MEGA mit ihrem Glasfasernetz und auch die Monheimer Einzelhandelszentren GmbH Gewinne erwirtschaften. Die Rendite zahlt sich aber auch immateriell aus, denn das Glasfasernetz erhöht die Standortattraktivität, die Monheimer Wohnen sorgt für sozialen Wohnraum und die Einzelhandelszentren GmbH erhöht die Innenstadtattraktivität.

Investitionen

Die größten Investitionen, die Sie im Sinne dieses „Aktivtauschs“ im Haushalt finden, sind entweder mittelbar über Eigenkapitalaufstockungen bei den städtischen Töchtern abgebildet, unmittelbar im städtischen Haushaltsplan veranschlagt oder im heute eingebrachten 2. Nachtragshaushalt 2018 vorgesehen. Im Einzelnen sind das jeweils im Ansatz für dieses Jahr mit Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre:

- 49,7 Mio. Euro für Neu-, Um- und Anbauten an den Schulen (davon 26,7 Mio. Euro für die Peter-Ustinov-Gesamtschule, 13,0 Mio. Euro für die Armin-Maiwald-Schule und 9,0 Mio. Euro für das Schulzentrum Lottenstraße),
- der Umbau der alten Shell-Halle zur Kulturraffinerie K714 mit voraussichtlich 45 Mio. Euro (Diese Maßnahme ist derzeit noch mit 29 Mio. Euro im Haushaltsplan-

entwurf veranschlagt, weil das Ergebnis des Architekturwettbewerbs erst im November vorliegen wird und wir noch nicht wissen, welchen Architekturentwurf uns die beteiligte Jury zur Umsetzung empfehlen wird.),

- 33,5 Mio. Euro Investitionen in Straßen- und Kanalbau (davon 15 Mio. Euro für die Opladener Straße, 3,7 Mio. Euro für den Übergangsbereich zwischen Berliner Viertel und Innenstadt, sowie 1,7 Mio. Euro abzgl. Fördermittel für den Radschnellweg),
- der Sanierungszuschuss zum Rathauscenter in Höhe von 25 bis 30 Mio. Euro (Hierfür wollen wir in der Ratssitzung am 19.12.2018 einen verbindlichen Beschluss einholen.),
- die Neugestaltung des Badbereichs im Mona Mare mit rund 29 Mio. Euro (In der nächsten Sportausschusssitzung liegt dazu ein Antrag der CDU-Fraktion vor. Die Verwaltung hat jedoch bereits im Frühjahr eine umfangreiche Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die wir Ihnen im eigentlich für Beteiligungsangelegenheiten zuständigen Haupt- und Finanzausschuss präsentieren wollen),
- 10,4 Mio. Euro für das Haus der Hilfsorganisationen,
- 6,5 Mio. Euro Restmittel für die Fertigstellung der neuen Feuerwache,
- 6,2 Mio. Euro im IT-Service für den autonomen Bus, das Fahrradverleihsystem, den Monheimpass, die Leitstelle der Feuerwehr sowie Smart Lighting und Smart Parking,
- 6,2 Mio. Euro Baukosten für das Sojus 7 (Die Planungskosten waren ja bereits 2018 veranschlagt.),
- 2,5 Mio. Euro für den Kita-Bau,
- 2,0 Mio. Euro für den neuen Naturrasenplatz im Rheinstadion,
- 1,2 Mio. Euro für die Kunst im öffentlichen Raum und schließlich auch noch
- 1,0 Mio. Euro für eine denkmalgerechte Sanierung des Schelmenturms.

Sie sehen: Der Umfang der Maßnahmen ist beträchtlich. Aber ich denke, wir alle gemeinsam freuen uns auf die Umsetzung all dieser Projekte, die das Gesicht von Monheim am Rhein nachhaltig zum Positiven verändern werden.

Rekord-Gewerbesteuereinnahmen 2018

Sehr erfreulich ist die Entwicklung der Gewerbesteuer. Schon im letzten Jahr bei der Haushaltseinbringung für 2018 konnten wir davon ausgehen, dass die Gewerbesteuereinnahmen bedingt durch Einmaleffekte bei verschiedenen Unternehmen höher als gewöhnlich ausfallen würden. Der Haushaltsansatz wurde deshalb auf 290 Mio. Euro festgelegt. Tatsächlich werden wir im laufenden Haushaltsjahr jedoch erstmals die 300.-Mio.-Euro-Marke überschreiten. Wir rechnen, wie Sie dem Finanzbericht zum 30.06.2018 entnehmen konnten, mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 315 Mio. Euro. Das sind also noch einmal 25 Mio. Euro mehr als ursprünglich geplant.

Die genannten Einmaleffekte in 2018 summieren sich damit auf rund 70 Mio. Euro. Hiervon profitieren auch das Land und die Umlageverbände. Schon in diesem Jahr zahlen wir auf die zusätzlich eingenommenen 70 Mio. Euro Gewerbesteuer rund 19 Mio. Euro Gewerbesteu-

erumlage an das Land. Da die zusätzlichen Einnahmen komplett auf das erste Halbjahr 2018 entfallen, gehen sie vollständig in die so genannte Referenzperiode für die Kreisumlage 2019 ein. Konkret bedeutet das, dass die Stadt Monheim am Rhein im kommenden Jahr 30 Mio. Euro mehr Kreisumlage nach Mettmann überweisen wird, als sie ohne die Einmaleffekte bei den Gewerbesteuererinnahmen hätte zahlen müssen.

Rechtsstreit mit dem Kreis

Auch die Kreisumlagezahlungen der Stadt erreichen dadurch ein Rekordergebnis. Im kommenden Jahr wird die Stadt rund 150 Mio. Euro Kreisumlage zahlen müssen. Obwohl wir, wie Sie wissen, nur rund 10 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises stellen, wird Monheim am Rhein damit etwa 40 Prozent zur Finanzierung des Kreises beitragen. Das ist noch einmal deutlich mehr als schon in den Vorjahren. Für die anderen kreisangehörigen Städte bedeutet das erneute Entlastungen in Millionenhöhe. Andererseits steigt dadurch natürlich auch die Versuchung der Kolleginnen und Kollegen in den anderen kreisangehörigen Kommunen, ihre eigene Kosten in den Städten möglichst an den Kreis zu verlagern, um damit – letztlich auf Kosten der Monheimer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – die jeweiligen Haushalte zu entlasten. Wir erleben diese Tendenz seit einigen Jahren bei der Finanzierung der Förderschulen. Und wir erleben diese Tendenz neuerdings auch bei der Finanzierung der Kreisleitstelle für die Feuerwehr und den Rettungsdienst.

Es tut daher gut, dass die Stadt Monheim am Rhein sich in diesem Sommer mit ihrer Klage gegen die Kreisumlage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf in erster Instanz durchsetzen konnte. Die so genannte Präsidentenkammer des Verwaltungsgerichts hat unsere Rechtsauffassung in vollem Umfang bestätigt. Wenn der Kreis einzelne Förderzentren bildet, die jeweils nur von Schülerinnen und Schülern einiger Städte besucht werden, dann müssen diese Städte auch zuerst für deren Finanzierung herangezogen werden. Eine Finanzierung aus der Allgemeinen Kreisumlage ist nicht zulässig.

In der Kreisverwaltung und im Kreistag wollte vor drei Jahren niemand etwas von unseren Argumenten wissen. Im Gegenteil Monheim am Rhein ist als unsolidarisch gescholten worden, schließlich hätte die Stadt Monheim am Rhein ihrerseits jahrzehntelang von der stärkeren Steuerkraft anderer Städte profitiert. Mal ganz abgesehen davon, dass wir diesen Vorteil sicher schon um ein Vielfaches wieder ausgeglichen haben, möchte ich noch einmal daran erinnern, wie sich der Kreis verhalten hat, als vor einigen Jahren die Förderschulen in Langenfeld und Monheim mangels ausreichender Schülerzahlen aufgelöst werden mussten. Der Kreis hat damals dankenswerterweise die Trägerschaft übernommen, aber immer zur Bedingung gemacht, dass Langenfeld und Monheim am Rhein die Kosten tragen müssen. Weder wir hier in Monheim am Rhein noch die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Langenfeld haben das jemals in Frage gestellt. Warum dann allerdings nur wenige Jahre später eine ganze Reihe anderer Städte im Kreis, deren vormals städtische Förderschulen in den neuen Förderzentren des Kreises aufgegangen sind, nun nicht mehr die Kosten tragen müssen, sich im

Gegenteil sogar erheblich entlasten, ist nicht nachzuvollziehen. Mit dem so vielseitig bemühten Solidaritätsgedanken hat das sicher nichts mehr zu tun.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Schon deshalb ist es völlig in Ordnung, dass die Stadt Monheim am Rhein etwa 16 Mal mehr Kreisumlage zahlt als die Stadt Wülfrath. Und ich werde auch niemals kritisieren, wenn der Kreis für seine ureigenen Aufgaben wie die Gesundheit, das Ausländeramt, den Katastrophenschutz und meinetwegen auch die Wirtschaftsförderung, den Tourismus und vieles mehr die kreisangehörigen Städte gemäß ihrer jeweiligen Steuerkraft zur Finanzierung heranzieht. Das ist die geltende Gesetzeslage und das werden wir aus Monheimer Sicht niemals in Frage stellen. Wenn der Kreis jedoch gegen geltendes Recht, wie das Verwaltungsgericht jetzt in erster Instanz festgestellt hat, Kosten der einzelnen Städte so vergemeinschaftet, dass Monheim am Rhein plötzlich für die Aufgaben dieser anderen Städte zahlen muss, dann ist das nicht in Ordnung und dagegen werde wir uns auch mit den Mitteln, die der Rechtsstaat zulässt, wehren.

Neunter Haushaltsausgleich in Folge

Doch zurück zum Monheimer Haushalt: Dass wir trotz der gestiegenen Kreisumlagepflichten bei gleichzeitig weiter hohen, aber im Vergleich zu den Vorjahren dann doch niedrigeren Gewerbesteuererträgen erneut einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, ist eine Leistung, auf die ich nicht alleine, aber zumindest gemeinsam mit der ganzen Stadtverwaltung stolz bin.

Den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 369,0 Mio. Euro stehen ordentliche Erträge in Höhe von 369,7 Mio. Euro gegenüber, sodass sich im ordentlichen Ergebnis quasi eine schwarze Null von rund 700.000 Euro ergibt. Die Stadt profitiert darüber hinaus von ihren hohen Rücklagen. Im Finanzergebnis wird es trotz der niedrigen Zinsen für Geldanlagen gelingen, ein Plus in Höhe von 3,1 Mio. Euro zu erwirtschaften, sodass wir im Gesamtergebnis das Jahr 2019 mit einem Plus von 3,8 Mio. Euro abschließen wollen.

Bei Beibehaltung der günstigsten Steuersätze in NRW für gewerbliche wie private Steuerzahlende werden wir auch in Zukunft durchgehend Haushaltsüberschüsse erwirtschaften. Die Grundsteuer A und B und auch die Gewerbesteuer bleiben auf einem konsequent günstigen Niveau von 250 Punkten. Erstmals schlagen wir auf Anregung der örtlichen Tierschutzverbände vor, auch einen kleinen Nachlass auf die Hundesteuer zu gewähren. Der Grundtarif soll, sofern Sie dem zustimmen, von derzeit 132 Euro im Jahr auf 96 Euro sinken.

Bürgerbeteiligung

Zum Schluss meiner Rede möchte ich Sie noch auf die morgen früh um 7 Uhr beginnende Online-Beteiligung zum Haushalt aufmerksam machen. Bis kurz vor dem Beginn der Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen werden die Bürgerinnen und Bürger wieder „mitplanen“ und ihre Anregungen und Ideen in den Haushalt einbringen können. Ich freue mich,

dass es durch die Einstellung zweier neuer Mitarbeiterinnen außerdem gelungen ist, in diesem Jahr zwei weitere Formate der digitalen Bürgerbeteiligung zu starten. Unter den Stichwörtern „Mitdenken“ und „Mitteilen“ bitten wir Bürgerinnen und Bürger im neu geschaffenen Mitmach-Portal auf der städtischen Homepage um ihre Meinungen zu städtischen Projekten und auch um eigene Vorschläge und Anregungen.

Im Bereich der analogen Bürgerbeteiligung sind wir anderen Städten in den letzten Jahren ohnehin schon voraus gewesen. Der Mängelmelder, der städtische Facebookauftritt und die Live-Übertragung aller Rats- und Ausschusssitzungen ins Internet dürften uns ebenfalls vom Durchschnitt anderer Kommunen abheben. Mit dem Mitmach-Portal schließen wir noch eine weitere Lücke in der Kommunikation zwischen der Bürgerschaft, der Politik und der Verwaltung. Ich lade Sie, sehr geehrte Ratsmitglieder, herzlich ein, sich zumindest lesend an diesem Angebot zu beteiligen.